

Niederschrift
über die 5. gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion
und des Beirates für Inklusion und Menschenrechte
am 26.02.2016 in Köln, Landeshaus

Anwesend vom Ausschuss:

CDU

Hurnik, Ivo
Isenmann, Walburga
Mucha, Constanze für Schittges, Winfried (MdL)
Norkowsky, Arnold
Solf, Michael-Ezzo (MdL)
Wöber-Servaes, Sylvia
Wörmann, Josef Vorsitzender

SPD

Daun, Dorothee
Recki, Gerda für Meiß, Ruth
Schmerbach, Cornelia
Schmidt-Zadel, Regina
Schulz, Margret für Lungen, Ilse
Servos, Gertrud
Weiden-Luffy, Nicole Susanne

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herlitzius, Bettina
Schmitt-Promny M.A., Karin (MdL)
Zsack-Möllmann, Martina

FDP

Boos, Regina

Die Linke.

Dr. Bell, Hans-Günter
Jacob, Tobias

Freie Wähler/Piraten

Rehse, Henning

Anwesend vom Beirat:

Ausschuss (Fraktionen siehe oben)

Servos, Gertrud
Solf, Michael-Ezzo (MdL)
Wörmann, Josef
Daun, Dorothee
Schmitt-Promny M.A., Karin (MdL)
Boos, Regina
Dr. Bell, Hans-Günter
Rehse, Henning

Beiratsvorsitzende

Landesbehindertenrat

Ahlke, Melanie
Arnold, Agnes
Gottschalk, Berthold
Grimbach-Schmalfuß, Uta
Koselowksi, Vanessa
Romberg-Hoffmann, Ellen
Seipelt-Holtmann, Claudia

LAG Freie Wohlfahrtspflege

Dr. Huppert, Christian

Gast mit Rederecht lt. Geschäftsordnung

Veldhues, Elisabeth (Landesbehindertenbeauftragte NRW)

Verwaltung:

Lubek, Ulrike	LVR-Direktorin
Bahr, Lorenz	LVR-Dezernent Jugend (4)
Prof. Dr. Faber, Angela	LVR-Dezernentin Schulen und Integration (5)
Beyer, Christoph	Fachbereichsleiter Integrationsamt (53)
Woltmann, Bernd	Leitung Anlaufstelle BRK (00.300)
Dr. Schartmann, Dieter (70.30)	Leitung Medizinisch-psychosozialer Fachdienst
Butz, Evelyn	Fachbereich Kommunikation (03)
Loh, Henrike	Stabsstelle Gleichstellung und Gender (00.200)
Mainstreaming	Vorsitzender Gesamtpersonalrat
Lauber, Harry	Dezernatspersonalrat Schulen und Integration (5)
Bosten, Gisela	Gesamtschwerbehindertenvertretung
Kremer, Helene	Anlaufstelle BRK (00.300)
Voth, David	

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

- | | | |
|------|--|------------------|
| 1. | Anerkennung der Tagesordnung | |
| 2. | Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion und des Beirates für Inklusion und Menschenrechte vom 30.11.2015 | |
| 3. | Aktuelle Entwicklungen zur politischen Partizipation von Menschen mit Behinderungen | 14/1067 K |
| 4. | Prävention und Schutz vor Gewalt in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung | 14/1042 K |
| 5. | Zugänglichkeit und Barrierefreiheit | |
| 5.1. | Völkerrechtliche Interpretation des Artikels 9 der UN-Behindertenrechtskonvention zur Zugänglichkeit (Barrierefreiheit) | 14/1070 K |
| 5.2. | Zielvereinbarung zur Herstellung von Barrierefreiheit zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und den Verbänden von Menschen mit Behinderungen hier: Zwischenbericht | 14/985 K |
| 5.3. | Situation der Menschen im freiwilligen Dienst (FSJ/ BFD) in LVR-Einrichtungen verbessern | 14/1021 E |
| 6. | Arbeit und Beschäftigung | |
| 6.1. | Schaffung zusätzlicher Betriebsintegrierter Arbeitsplätze | 14/976 K |
| 6.2. | Jahresbericht 2014/2015 der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH) | 14/1001 K |
| 6.3. | Inklusionsbarometer 2015 | 14/1002 K |
| 7. | Schule und Bildung | |
| 7.1. | Erfahrungsbericht zur Fortführung der neuen LVR-Inklusionspauschale | 14/1020 K |
| 7.2. | Unterstützung von Peer Group-Angeboten an LVR-Förderschulen | 14/997 E |
| 7.3. | Selbstbehauptungskurse für Jungen und Mädchen an LVR-Schulen | 14/945 K |
| 8. | Jugend | |
| 8.1. | Richtlinien des LVR zur Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege | 14/1064 E |
| 8.2. | Satzung über die Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege des Landschaftsverbandes Rheinland (iBiK) | 14/1038 E |

- 8.3. Große Lösung gemäß SGB VIII: Übersicht über die verschiedenen Positionierungen **14/908/1 K**
9. Anfragen und Anträge
10. Mitteilungen der Verwaltung
11. Beschlusskontrolle
12. Verschiedenes

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr

Ende der Sitzung: 12:05 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird anerkannt.

Punkt 2

Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion und des Beirates für Inklusion und Menschenrechte vom 30.11.2015

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3

Aktuelle Entwicklungen zur politischen Partizipation von Menschen mit Behinderungen Vorlage 14/1067

Nach einer kurzen Einführung durch **Frau Lubek** bewerten **Herr Jakob, Frau Schmerbach, Frau Schmitt-Promny, Frau Arnold, Frau Daun, Frau Boos, Frau Herlitzius, Herr Solf, Herr Hurnik, Frau Seipelt-Holtmann, die Beiratsvorsitzende und der Ausschussvorsitzende** insbesondere Ergebnisse des LAG-Projektes auch im Verhältnis und im Vergleich zur gemeinsamen Arbeit von Ausschuss und Beirat im LVR.

Frau Veldhues erhofft sich von der großen Tagung der LAG Selbsthilfe mit der öffentlichen Präsentation der Projektergebnisse am 11.03.2016 in Essen ein kräftiges Signal für die Landesregierung. Es brauche klare Vorgaben zur politischen Partizipation. Menschenrechte dürften nicht an der Konnexitätsfrage scheitern.

Der Bericht der Verwaltung über den Abschluss des landesgeförderten Projektes der LAG Selbsthilfe NRW "Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen in den

Kommunen stärken!", über das EU-Projekt "DISCIT - Aktive Bürgerschaft von Menschen mit Behinderungen" an der Universität zu Köln und über die Gründung der "LIGA Selbstvertretung - DPO Deutschland" als einer neuen Arbeitsgemeinschaft von Selbstvertretungsorganisationen auf Bundesebene wird gemäß Vorlage Nr. 14/1067 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4

Prävention und Schutz vor Gewalt in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung Vorlage 14/1042

Frau Servos schlägt für den Beirat vor, dass Menschen mit Behinderungen an der weiteren Konzeptentwicklung beteiligt werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Schutz von Menschen mit Behinderungen haben, die sich nicht oder kaum selbst artikulieren und gegen Übergriffe aktiv wehren können. Ein Ergebnis könnte die Einführung von Gewaltschutzbeauftragten sein, die jederzeit LVR-Einrichtungen besuchen und beraten könnten. Hierfür sei es wichtig, stets männliche und weibliche Ansprechpersonen vorzuhalten.

Frau Daun, Frau Arnold, Frau Seipelt-Holtmann, Frau Zsack-Möllmann, Frau Romberg-Hoffmann, Frau Veldhues und **der Ausschussvorsitzende** betonen aus verschiedenen Perspektiven die Bedeutung des Themas. Die aktuell auch im Sozialausschuss geführten Diskussionen werden begrüßt.

Herr Dr. Huppert erweitert das Thema über Einrichtungen hinaus um offene und ambulante Angebote und Dienste. Er erklärt, dass die Freie Wohlfahrtspflege gern an der weiteren Konzeptentwicklung mitwirke und viele Praxisbeispiele einbringen könne.

Frau Lubek verweist darauf, dass das Thema Gewaltschutz in den Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses im Rahmen der Staatenprüfung Deutschlands besonders betont und die Verwaltung hierzu noch ausführlicher und gebündelt berichten werde.

Die Vorlage Nr. 14/1042 zu Prävention und Gewaltschutz in Einrichtungen wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

Zugänglichkeit und Barrierefreiheit

Punkt 5.1

Völkerrechtliche Interpretation des Artikels 9 der UN-Behindertenrechtskonvention zur Zugänglichkeit (Barrierefreiheit) Vorlage 14/1070

Eine Information der Monitoring-Stelle zur völkerrechtlichen Interpretation des Artikels 9 der UN-Behindertenrechtskonvention zur Zugänglichkeit (Barrierefreiheit) durch den UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen wird gemäß Vorlage Nr. 14/1070 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5.2

Zielvereinbarung zur Herstellung von Barrierefreiheit zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und den Verbänden von Menschen mit Behinderungen

hier: Zwischenbericht

Vorlage 14/985

Frau Veldhues bezeichnet die Zielvereinbarung und ihre Umsetzung durch die Verwaltung als vorbildlich und sie nehme die öffentliche Vorlage hierzu gern zur weiteren Verwendung mit nach Düsseldorf.

Herr Dr. Bell verweist bei dieser Gelegenheit auf den schlechten Zugang für viele Menschen mit Beeinträchtigungen zu der neuen Rheinpromenade am Deutzer Ufer vor dem LVR-Landeshaus vom Hauptbahnhof bzw. der Hohenzollernbrücke kommend. Der LVR möge bitte für seine Beschäftigten und die Besucherinnen und Besucher der Zentralverwaltung Bemühungen des Städtischen Behindertenbeauftragten um Verbesserungen unterstützen. Das sagt **Frau Lubek** gern zu.

Der zweite Zwischenbericht zum 30.11.2015 gemäß Artikel 2, Ziffer 3 der Zielvereinbarung zur Herstellung von Barrierefreiheit zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und den Verbänden von Menschen mit Behinderungen wird gemäß Vorlage 14/985 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5.3

Situation der Menschen im freiwilligen Dienst (FSJ/ BFD) in LVR-Einrichtungen verbessern

Vorlage 14/1021

Frau Weiden-Luffy und **Herr Solf** begrüßen den Beschlussvorschlag als Ausdruck von Wertschätzung für die Leistungen, die insbesondere junge Menschen mit Behinderungen gesellschaftlich erbringen können. Es wird angeregt, nach etwa einem Jahr über den Stand zu berichten.

Es wird einstimmig folgender empfehlender Beschluss gefasst:

Der Bericht der Verwaltung zur Freiwilligenarbeit im LVR und zur Korrespondenz mit der Bundesregierung zur Finanzierung von Assistenzleistungen für Menschen mit Behinderungen im Freiwilligendienst wird gemäß Vorlage Nr. 14/1021 zur Kenntnis genommen.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Landschaftsausschuss, für Menschen mit Behinderungen in der Freiwilligenarbeit in Einsatzstellen des LVR individuell erforderliche Unterstützungs- und Assistenzleistungen aus den Mitteln des LVR-Haushalts zur Förderung der Inklusion zu finanzieren.

Punkt 6
Arbeit und Beschäftigung

Punkt 6.1
Schaffung zusätzlicher Betriebsintegrierter Arbeitsplätze
Vorlage 14/976

Frau Schmerbach, Frau Schmidt-Zadel, Frau Schmidt-Promny, Frau Veldhues, Frau Koselowski, Frau Romberg-Hoffmann, Frau Seipelt-Holtmann, Frau Arnold, die Beiratsvorsitzende und der Ausschussvorsitzende bewerten das Thema aus verschiedenen Perspektiven.

Die Verwaltung wird gebeten der Frage nachzugehen, warum die im LVR zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze aktuell nicht ausgeschöpft (besetzt) sind. Ebenso solle geprüft werden, ob und ggf. warum Frauen im Bereich der Betriebsintegrierten Arbeitsplätze generell unterrepräsentiert sind.

Die Ausführungen zur Schaffung zusätzlicher Betriebsintegrierter Arbeitsplätze werden gemäß Vorlage Nr. 14/976 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6.2
Jahresbericht 2014/2015 der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH)
Vorlage 14/1001

Frau Professor Faber erläutert, dass der LVR aktuell den stellvertretenden Vorsitz der BIH inne habe. Sie stellt bei dieser Gelegenheit den künftigen neuen Leiter des LVR-Integrationsamtes Herrn Beyer vor und führt in den Jahresbericht ein.

Die Mitglieder des Ausschusses für Inklusion nehmen den Jahresbericht 2014/2015 der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH) gemäß Vorlage Nr. 14/1001 zur Kenntnis.

Punkt 6.3
Inklusionsbarometer 2015
Vorlage 14/1002

Das Inklusionsbarometer 2015 der Aktion Mensch wird gemäß Vorlage Nr. 14/1002 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7
Schule und Bildung

Punkt 7.1
Erfahrungsbericht zur Fortführung der neuen LVR-Inklusionspauschale
Vorlage 14/1020

Frau Professor Faber führt in den vorliegenden Bericht ein.

Frau Schmitt-Promny, Herr Solf, Herr Jacob und der Ausschussvorsitzende diskutieren u.a. das Verhältnis der freiwilligen LVR-Förderung des gemeinsamen Lernens zur gesetzlichen Landesfinanzierung.

Der Erfahrungsbericht zur LVR-Inklusionspauschale wird gemäß Vorlage Nr. 14/1020 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7.2

Unterstützung von Peer Group-Angeboten an LVR-Förderschulen Vorlage 14/997

Frau Professor Faber formuliert die Erwartung, dass diese Angebote künftig Aufgabe eines inklusiven Regelschulsystems seien.

Es wird einstimmig folgender empfehlender Beschluss gefasst:

Dem Vorschlag der Verwaltung zur Unterstützung von Peer Group-Angeboten an LVR-Förderschulen wird gemäß Vorlage Nr. 14/997 zugestimmt.

Punkt 7.3

Selbstbehauptungskurse für Jungen und Mädchen an LVR-Schulen Vorlage 14/945

Der Ausschuss nimmt das Ergebnis der Prüfung des Auftrags Nr. 14/105 "Selbstbehauptungskurse für Jungen und Mädchen" gemäß Vorlage Nr. 14/945 zur Kenntnis.

Punkt 8

Jugend

Punkt 8.1

Richtlinien des LVR zur Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege Vorlage 14/1064

Es wird einstimmig folgender empfehlender Beschluss gefasst:

Den Richtlinien zur Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) für den Zeitraum 01.08.2016 - 31.07.2018 gemäß Vorlage Nr. 14/1064 wird zugestimmt.

Punkt 8.2

Satzung über die Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege des Landschaftsverbandes Rheinland (iBiK) Vorlage 14/1038

Es wird einstimmig folgender empfehlender Beschluss gefasst:

Der Satzung über die Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege des Landschaftsverbandes Rheinland (iBiK) wird gem. Vorlage Nr. 14/1038 zugestimmt.

Punkt 8.3

Große Lösung gemäß SGB VIII: Übersicht über die verschiedenen Positionierungen Vorlage 14/908/1

Frau Schmitt-Promny dankt für die Übersicht. **Frau Daun** und **Frau Romberg-Hoffmann** betonen, dass auch bei einer inklusiven Lösung sorgfältig zwischen beeinträchtigungsspezifischen und erzieherischen Fragen unterschieden werden müsse und beide Aspekte qualifiziert bearbeitet werden müssen.

Die Ergänzungsvorlage Nr. 14/908/1 mit einer Übersicht der verschiedenen Positionierungen zur sog. Großen Lösung gemäß SGB VIII wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9

Anfragen und Anträge

Herr Rehse fragt an, ob LVR-Mittel aus dem sog. Notfalltopf auch etwa für ein Projekt der Stadt Wermelskirchen zur schulischen Inklusion zur Verfügung stehen. **Der Vorsitzende** verweist darauf, dass eine Entscheidung über diese Mittel nur im Landschaftsausschuss getroffen werden könne.

Punkt 10

Mitteilungen der Verwaltung

a. **Frau Lubek** berichtet zunächst über den Vorbereitungsstand der grundsätzlich beschlossenen Informationsreise nach Berlin. Die Reise wird wohl erst 2017 stattfinden können, weil die Terminsuche mit bundespolitischen bzw. parlamentarischen Gesprächspartnern einen sehr langen Vorlauf hat. In der nächsten Sitzung (28.06.) wird Näheres zu berichten sein.

b. Ebenfalls für die nächste Sitzung wird eine Vorlage zum weiteren Stand der LVR-internen Auswertung der Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses zur Staatenprüfung Deutschlands angekündigt. Insbesondere aufgegriffen werden die Themen Gewaltschutz für Frauen und Mädchen mit Behinderungen (vgl. Ziffer 36 der o.g. Bemerkungen) und Elternschaft von Menschen mit Behinderungen (vgl. Ziffer 44 der o.g. Bemerkungen).

c. Die Anregung aus der Sitzung vom 30.11.2015 zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem HPH-Ausschuss und dem Sozialausschuss zur „Lebenssituation älterer Menschen mit Behinderungen“ mit Prof. Dr. Dieckmann als Referenten wird nach Beratung mit den beiden anderen Ausschüssen nunmehr unter Federführung des Sozialdezernates in Form einer LVR-Fachtagung verfolgt.

d. Seit dem 15.02.2016 ist auf dem Deckblatt jeder neuen Vorlage der Verwaltung zunächst eine Ja/Nein-Aussage im Hinblick auf die Umsetzung des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu treffen. Wenn eine Zielrichtung berührt wird, soll diese in der Vorlage ausdrücklich ausgewiesen werden.

Punkt 11
Beschlusskontrolle

Es gibt keine Wortbeiträge

Punkt 12
Verschiedenes

Die Landesbehindertenbeauftragte **Frau Veldhues** weist als Gast in öffentlicher Sitzung auf die neuen Medizinischen Behandlungszentren für Erwachsene mit geistiger Behinderung oder schweren Mehrfachbehinderungen gemäß § 119 c SGB V hin. An der Entwicklung sollten sich in NRW aus ihrer Sicht beide Landschaftsverbände aktiv als Dialogpartner einbringen.

Bei der Ärztekammer Nordrhein sei die geschäftsführende Ärztin Frau Prof. Dr. Susanne Schwalen eine geeignete Ansprechperson. **Frau Lubek** sagt zu, diese Anregung gern aufzugreifen.

Duisburg, 11.06.2016

Neuss, 18.06.2016

Köln, 01.06.2016

Der Ausschussvorsitzende

Die Beiratsvorsitzende

Die Direktorin des
Landschaftsverbandes
Rheinland

W ö r m a n n

S e r v o s

L u b e k